Einzelnummer 10 Pfg.
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachm. 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil 1.25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Dienstag den 6. April 1926 — Nummer 79

Kein Ausschluß der 23

dafür Ausschluß eines Rußlanddelegierten

In seiner Ausgabe vom Donnerstag früh bringt der „Vorwärts" unter der Ueberschrift „Ausschlußanträge aus Sachsen" folgende Notiz des Parteivorstandes:

„An den Parteivorstand sind aus Sachsen Anträge gestellt worden, diejenigen parteigenössischen (!) sächsischen Landtagsabgeordneten auf Grund des § 28 Absatz 5 des Organisationsstatuts aus der Partei auszuschließen, die im Sächsischen Landtag nicht für die Auflösung des Landtages gestimmt haben. Der Parteivorstand kann diesem Verlangen nicht nachkommen, denn der angezogene Paragraph des Organisationsstatuts tritt nur in Wirksamkeit bei besonderen, im Statut festgelegten Verfehlungen gegen die Partei, nicht aber bei Streitigkeiten, die aus politischen und sachlichen Meinungsverschiedenheiten entstanden sind. Der Absatz 5 des § 28 lautet nämlich:

„Zur Partei kann ferner nicht gehören, wer einer anderen politischen Partei als Mitglied angehört oder sie finanziell unterstützt oder für sie gegen die Sozialdemokratische Partei wirkt. (!) In solchen (!) Fällen kann der Parteivorstand den Ausschluß mit sofortiger Wirkung aussprechen. Mit dem Ausschluß verliert der Betreffende alle Rechte und Funktionen der Partei. Der Beschluß des Parteivorstandes ist innerhalb acht Tagen dem Ausgeschlossenen und der Bezirksleitung mitzuteilen. Nur der Parteitag kann auf Antrag des Ausgeschlossenen diesen Beschluß aufheben."

Bei den sächsischen Ausschlußanträgen muß, wie sonst üblich, das ordentliche Verfahren durch die Parteiorganisationen in Anwendung kommen. Erst nachher kommt das Verfahren an den Parteivorstand, der den Vorsitzenden für ein Schiedsgericht zu ernennen hat."

Am Freitag früh bringt der „Vorwärts" folgende Notiz:

„Ausschluß aus der Partei. Das bisherige Mitglied Hermann Mahle in Berlin wurde auf Grund des § 28 Abs. 5 mit sofortiger Wirkung aus der Partei ausgeschlossen. Mahle hatte an der Rußlanddelegation teilgenommen und später in den von der KPD. inszenierten Versammlungen Bericht über seine Reise erstattet. Trotzdem er in einer öffentlichen Erklärung im „Vorwärts" sich verpflichtete, jede öffentliche Berichterstattung einzustellen, da er erkannt habe, daß die KPD. die Delegation und damit auch die Berichterstattung für ihre Zwecke ausnutze, hat er diese seine Berichterstattungstätigkeit fortgesetzt."

Endlich hat sich der Parteivorstand der SPD. dazu bequemt, zur Lage in der sächsischen SPD. nach dem letzten Schurkenstreich der 23 Rechten Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme, die in der ersten Notiz des „Vorwärts" zum Ausdruck kommt, ist jedoch ein **Faustschlag ins Gesicht der sächsischen SPD.-Arbeiter.** Alle sächsischen Parteikörperschaften der SPD., die zu dem neuesten Verrat der 23 Stellung nahmen, forderten vom Parteivorstand den **sofortigen Ausschluß der 23 aus der SPD.** Der Parteivorstand antwortet, daß er diesem Verlangen nicht nachkommen könne.

Ist schon diese lapidare Erklärung des Parteivorstandes geeignet, die hellste Empörung unter den sächsischen SPD.-Arbeitern auszulösen, so ebenso ihre Begründung, die mit nicht zu übertreffender Klarheit zum Ausdruck bringt, daß **der Parteivorstand auch heute noch die verbrecherische Politik der 23 deckt.** Ein Ausschluß durch den Parteivorstand, so argumentiert er, käme nur „bei besonderen, im Statut festgelegten Verfehlungen gegen die Partei" in Frage. Im § 28 des Statuts wird als solche Verfehlung bezeichnet: „... **wer gegen die Sozialdemokratische Partei wirkt".** Der Parteivorstand bestreitet, daß die 23 Rechten sich eine solche Verfehlung haben zuschulden kommen lassen. Entgegen der einmütigen Auffassung der sächsischen SPD.-Arbeiter, entgegen allen Darlegungen der linken Führer behauptet der Parteivorstand, daß **die 23 nicht gegen die Sozialdemokratische Partei gewirkt haben,** daß ihre Politik **nicht im Widerspruch mit der allgemeinen Politik der SPD. steht.** Es handele sich lediglich um „Streitigkeiten", die aus „politischen und sachlichen Meinungsverschiedenheiten" entstanden seien. Und da die 23 zwar eine andere politische Meinung als die Linken haben, diese Meinung aber nicht im Widerspruch zur politischen Meinung der Gesamtpartei und des Parteivorstandes steht, so könne der Ausschluß der 23 nicht erfolgen.

Offener konnte der Parteivorstand sein wahres Gesicht nicht enthüllen. Zynischer und herausfordernder konnte er auf das Verlangen der sächs. SPD.-Arbeiter nicht antworten. **„Die 23 Rechten haben aufgehört, Sozialdemokraten zu sein!"** So schrieb einmütig die sächsische SPD.-Presse, so ist einstimmig die Meinung der SPD.-Arbeiter. Die 23 Rechten haben **„durch ihr Verhalten jeden Zusammenhang mit der Partei gelöst"** und können **„nicht mehr als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei gelten!"** So verkünden es die Bezirksvorstände der SPD. in ihrer Kundgebung in der SPD.-Presse. **„Die 23 Rechten bleiben nach wie vor ehrenwerte Mitglieder der SPD.!"** So kommandiert selbstherrlich der Parteivorstand.

Wie um seine Stellungnahme für die 23 Verräter und gegen die sächsischen SPD.-Arbeiter und ihre linken Führer noch zu unterstreichen, verkündet der Parteivorstand am Tage darauf, daß ein sozialdemokratischer Arbeiter aus der SPD. ausgeschlossen worden ist, weil er das „furchtbare Verbrechen" begangen hat, an der Rußlanddelegation teilzunehmen und über seine Reise Bericht zu erstatten. **Wenn ein Arbeiter die Wahrheit über Sowjetrußland berichtet, wirkt er gegen die Sozialdemokratische Partei und wird vom Parteivorstand mit sofortiger Wirkung ausgeschlossen. Wenn aber 23 Abgeordnete und Minister jahrelang die Interessen des Proletariats mit Füßen treten, der Reaktion offen Zutreiberdienste leisten und sich hohnlachend über Parteibeschlüsse hinwegsetzen, dann wirken diese Abgeordneten und Minister nicht gegen die Sozialdemokratische Partei und können demzufolge nicht ausgeschlossen werden.**

Einhellige Empörung muß diese Entscheidung des Parteivorstandes unter der gesamten sozialdemokratischen Arbeiterschaft auslösen. Sie darf sich diese Provokation auf keinen Fall bieten lassen. Sie darf sich auch nicht auf das später einzusetzende Schiedsgericht vertrösten lassen, da dessen Entscheidung angesichts der Tatsache, daß der Vertreter des Parteivorstandes den Ausschlag gibt, nicht zweifelhaft ist. Jetzt gilt es, durch die Entfaltung einer **breiten Protestbewegung** den Druck auf den Parteivorstand derart zu verstärken, daß er gezwungen ist, den Ausschluß der 23 Verräter zu vollziehen. Die Möglichkeit dazu ist dem Parteivorstand durch den § 28 des Statuts durchaus gegeben. Das beweist uns dessen eifrige, in diesem Falle allerdings schändliche Anwendung auf die sozialdemokratischen Rußlanddelegierten.

Werden jetzt auch die linken Führer es endlich aufgeben, die Arbeiter mit Illusionen zu füttern? Werden sie jetzt endlich **mit ihrer doppelten Buchführung Schluß machen und gegen den Parteivorstand zu Felde ziehen?** Jetzt gibt es kein Ausweichen mehr! Jetzt heißt es: Farbe bekennen!

Die Linken in Sachsen lehnen den Volksentscheid für Landtagsauflösung ab

Seit Jahren verlangen die sächsischen Arbeiter, daß mit der Regierung Heldt und der Wirtschaft der 23 endlich Schluß gemacht werde. Jetzt haben die Rechten und die sozialdemokratischen Minister wieder mit aller Klarheit abgelehnt, dem Willen der Arbeiter Folge zu leisten. Die Bezirksvorstände der SPD. Sachsens beschließen den Ausschluß der 23, der Parteivorstand erklärt, er denke nicht daran, es fehlen ihm Gründe dazu. Wenn es sich um Arbeiter handelt, die aus Rußland wahrheitsgetreue Berichte geben, dann wird ein Grund zum Ausschluß schnell gefunden. Die Kommunisten haben seit Jahren den Arbeitern gesagt, nur der stärkste außenparlamentarische Druck bringt diesen Landtag zum Verschwinden. Oft genug haben wir die schwankenden linken Führer aufgefordert, gemeinsam mit uns diese außenparlamentarische Mobilisierung der Massen durchzuführen. Jetzt, nach dem neuen Schurkenstreich der rechten SPD.-Abgeordneten, hat der Landesvorstand der KPD. die Landesinstanzen der SPD. zu einem gemeinsamen Vorgehen zur Einleitung eines Volksentscheids gegen die Heldt-Regierung und den Landtag aufgefordert. In der Sonnabendnummer nimmt die „Dresdner Volkszeitung" zu diesem Vorschlag Stellung. **Die „Dresdner Volkszeitung" lehnt das gemeinsame Vorgehen ab.** Anstatt einer ernsthaften Stellungnahme zu diesem Vorschlag beginnt die „Volkszeitung" **Hetze** und Beschimpfung der KPD. Die KPD. meine es nicht ernst, sie suche nur einen Grund, um wieder einmal auf den Sozialdemokraten herumzuhacken, das Schimpfen auf die Sozialdemokraten sei ja Hauptarbeit der Kommunisten. Im übrigen dauere ein Volksentscheid viel zu lange. Das sind die Argumente der „Volkszeitung". Wir wissen nicht genau, ob das auch die Meinung der Landesinstanzen ist. Jedoch ist kaum anzunehmen, daß die Zeitungen ohne Fühlungnahme mit den Instanzen schreiben werden.

Wir weisen die Anwürfe der „Volkszeitung" entschieden zurück. Es bezeichnet nur die Stellung der Linken, wenn sie jeden Vorschlag zur Massenmobilisation und zum Kampf gegen die Reaktion in Sachsen umdiegen in einen Kampf gegen die Kommunisten, die Töne sind schon alt und haben bald ihre Wirkung verloren. Die Arbeiter werden sehr bald durchschauen, daß sich hier mangelnder Mut und Wille zum Kampf hinter Kommunistenhetze verbirgt.

Der Volksentscheid gegen die Reaktion in Sachsen gibt die Gelegenheit der Mobilisierung breitester Schichten gegen Landtag und Regierung. Selbst wenn die Regierung es wagen sollte, die Angelegenheit zu verschleppen, wird sie sich nur noch mehr als Rechnungsträgerin der Bourgeoisie enthüllen. Auf jeden Fall werden die Arbeiter einen Gewinn haben. Im übrigen wird es die Regierung nicht wagen können, sich einer wuchtigen Massenbewegung entgegenzustellen. Deswegen ist der Vorschlag des Landesvorstandes der KPD. durchaus ernsthaft und gegen die Reaktionäre, Renegaten und Verräter gerichtet. Es gilt, für die Interessen der Arbeiter mit aller Kraft zu kämpfen. Wir erwarten, daß die Landesinstanzen eine andere Stellung einnehmen wie die Zeitungen der SPD.

Sachsenkonflikt und Gewerkschaften

Der Landesausschuß Sachsen des ADGB. für die 23.

Die in Leipzig erscheinende „Sächsische Gewerkschaftszeitung", das Organ des Bezirksausschusses Sachsen des ADGB., ist von jeher kein Organ zur Verteidigung der gewerkschaftlichen Interessen der sächsischen Arbeiterschaft gewesen, sondern ein Propagandaorgan der Heldt und Konsorten. Wir haben bereits wiederholt den ungeheuerlichen Skandal gekennzeichnet, den dieser Zustand bedeutet. Die überwältigende Mehrheit der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft in Sachsen führt den heftigsten Kampf gegen die Verrätereien der 23, und die sogenannten „Gewerkschaftsführer" verwenden die Arbeitergroschen zur Propaganda für die Heldt-Clique gegen die eigene Mitgliedschaft! . . .

Die sozialdemokratischen Arbeiter haben leider bisher tatenlos zugesehen und diesen Zustand geduldet und dieses geduldige Ertragen ermuntert die Schilling und Konsorten zu immer größeren Frechheiten. Der neueste Schandstreich der 23 hat auch in der gesamten sozialdemokratischen Arbeiterschaft einen Sturm der Empörung ausgelöst. Ueberall wird der sofortige Hinauswurf dieser „freiwilligen Agenten der Bourgeoisie", wie selbst SPD.-Blätter die 23 bezeichnen, verlangt. Auch die „Sächsische Gewerkschaftszeitung" nimmt zu den letzten Vorgängen im Landtag Stellung. Mit zynischer Offenheit wird die verräterische Politik der Heldt und Co. verteidigt. Die „Gewerkschaftszeitung" schreibt:

„Im Sächsischen Landtag ist der 12. Auflösungsantrag gelehnt worden. Zur Begründung führte der Redner der Minderheit der SPD. aus, daß der Landtag versäumt habe, der verhängnisvollen Reichspolitik dadurch einigermaßen entgegenzuwirken, daß wir von Landes wegen aus Mitteln des Landes für die Opfer dieser Wirtschaftspolitik des Reiches soviel als möglich tun wollten, um eine Linderung dieser Not zu erzielen.

Aber dieser Reichsregierung drückte fast zu gleicher Zeit die Reichstagsfraktion der SPD., wenn auch nur für ein Gebiet, für deren Tätigkeit das Vertrauen aus und bewilligte obendrein den bürgerlichen Reichsministern die Gehälter. Und in Preußen fällt es keinem Sozialdemokraten ein, die Hetze gegen die preußische Koalitionsregierung zu unterstützen oder für den kommunistischen Auflösungsantrag zu stimmen. Deshalb kann nicht in Sachsen eine Politik „Verrat" sein, die in Preußen und im Reiche höchste politische Weisheit ist."

Die „Gewerkschaftszeitung" lehnt eine sozialdemokratische Minderheitsregierung, die von den Kommunisten toleriert würde, mit aller Entschiedenheit ab und verlangt unverhüllt **Festhalten an der Koalition mit der bürgerlichen Reaktion.** Im Artikel der „Gewerkschaftszeitung heißt es weiter:

„Die Gewerkschaften wissen längst und zum mindesten seit 1923, daß nicht die starken Worte der starken Männer die politischen Verhältnisse bestimmen, sondern die realen Machtfaktoren der Klassen. Deshalb ist das Interesse der Gewerkschaften, die in Sachsen zehnmal mehr Mitglieder denn die Sozialdemokratie hat, an dem Parteikonflikt nur aus folgenden Gründen diktiert:

Der Kampf gegen die sächsische Regierung „hätte nur dann Sinn und Gewalt, wenn an ihre Stelle eine sozialistische Minderheitsregierung treten könnte, die von der KPD. toleriert würde. Dieses Experiment wurde während der Zeigner-Zeit gemacht. Der Erfolg ist bekannt. Ein neuer Versuch hätte notwendigerweise dasselbe Ergebnis. **Die sächsische Sozialdemokratie würde durch eine offene oder versteckte Koalition mit den Kommunisten in eine derartige Abhängigkeit von den Moskowitern geraten, daß sie sehr bald in einen bedauerlichen Gegensatz zu den Gewerkschaften kommen müßte.**

Nun scheint aber auch in sozialdemokratischen Kreisen dieses Ziel nicht die Triebfeder zu sein, und damit entfällt auch der letzte sachliche Grund."

Diese offene Verteidigung des Verrats der 23 ist ein **Schlag ins Gesicht der gesamten organisierten Arbeiterschaft Sachsens.** Die Provokation der Schilling u. Co. zeigt aber zugleich den Arbeitern, wo die Gefahren liegen und wo angesetzt werden muß, um den Verrat niederkämpfen zu können. Im Gegensatz zu den linken SPD.-Führern, die eine **Politik mit doppeltem Boden** betreiben, spielen die **reformistischen Gewerkschaftsführer mit offenen Karten.** Ausdrücklich erklärt die „Gewerkschaftszeitung", daß eine **sozialdemokratische** Minderheitsregierung, die eventuell von den Kommunisten toleriert werden würde, in einen **Widerspruch zu den Gewerkschaften unvermeidlich** geraten würde (diese Herrschaften verstehen unter „Gewerkschaften" ihre eigene ehrenwerte Person), d. h. eine solche Regierung würde **von den Gewerkschaften bekämpft werden.** Während also der proletarischen Einheitsfront der heftigste Kampf angesagt wird, verlangen die reformistischen Gewerkschaftsführer direkt die Einheitsfront mit der bürgerlichen Reaktion. **Besonders lehrreich** sind auch die Feststellungen der „Gewerkschaftszeitung", daß **die SPD. im Reich und in Preußen im wesentlichen dieselbe Koalitionspolitik betreibe, wie die 23 in Sachsen.** Mit anderen Worten, der